



Niederschrift

- öffentlicher Teil - über die 33. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates der Stadt Fürstenfeldbruck

Sitzungsort: im Veranstaltungsforum Fürstenfeld, Kleiner Saal

26.07.2022

Sitzungstag: Beginn: 19:07 Uhr

Ende: 21:40 Uhr

Anwesend:

Bemerkungen:

Vorsitzender, Oberbürgermeister

Raff, Erich

2. Bürgermeister

Stangl, Christian

3. Bürgermeisterin

Klemenz, Birgitta, Dr.

Schriftführer/in

Huber, Sabine

Stadtratsmitglieder

Aldini, Robert, Dr.

Best, Adrian

Britzelmaier, Markus

Brückner, Thomas

Danke, Karl

Dräxler, Willi

Droth, Markus

Droth, Quirin

Geißler, Karin

Götz, Christian

Halbauer, Jan

Hannig, Theresa

Heimerl, Philipp

Höfelsauer, Franz

Jäger, Tina

Jakobs, Georg, Dr.

Kellerer, Martin

Anwesend ab 19:20 (TOP Ö4)

Anwesend ab 19:20 (TOP Ö4)

Klehmet, Johann, Dr.
Kreis, Dieter
Kusch, Hermine
Lohde, Andreas
Mellentin, Johanna Luise
Merkl, Gina
Piscitelli, Michael
Pötzsch, Mirko
Quinten, Ulrike
Rubin, Lisa
Schilling, Johann
Sindani, Jeanne-Marie
Stockinger, Georg
Weinberg, Irene
Zierl, Alexa, Dr.

Abwesend ab 20:50 Uhr (TOP Ö8)

Anwesend ab 19:30 Uhr (TOP Ö4)

Verwaltung

Dachsel, Johannes
Eckert, Marcus
Kieser, Christian
Reichlmaier, Susanna

Abwesend:

Grund:

Stadtratsmitglieder

Bosch, Albert
Glockzin, Peter
Rothenberger, Andreas, Dr.
Siegler, Katrin
Weber, Florian
Wollenberg, Klaus, Prof. Dr.

Entschuldigt
Entschuldigt
Unentschuldigt
Entschuldigt
Entschuldigt
Entschuldigt

Verwaltung

Klehr, Roland
Leinweber, Norbert

Entschuldigt
Entschuldigt

Öffentliche Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde gem. § 36 der Geschäftsordnung (GeschO); Anfragen an den Oberbürgermeister
2. Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52 Abs. 3 GO
3. Ernennung des 10. Seniorenbeirats der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck
4. SA-Nr. 084/2020-2026; Anpassung Geschäftsordnung der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck, B./IV. Sitzungsniederschrift, § 38 Form und Inhalt; Beschluss
5. Stadtrat 2020 - 2026; Nachrücken des Listennachfolgers für die CSU und Beschluss über die Ausschussbesetzung ab 27.07.2022
6. Nachgenehmigung Vereinbarung zur Verbundbildung Kommunale Arbeitsgemeinschaft "vhs-Verbund Stadt Land Bruck"
7. Stromausschreibung für den Zeitraum 01.01.2023 bis 31.12.2025
8. Bebauungsplan Nr. 31/1 Eishalle; Aufstellungsbeschluss
9. Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Grund- u. Gewerbesteuer);
10. Schlüsselmaßnahmen in der Innenstadt
11. SA-Nr. 094/2020-2026; Resolution zum Erhalt des Eissports in Fürstenfeldbruck; Beschluss
12. Verschiedenes

Herr **OB Raff** eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit gemäß Artikel 47 Abs. 2 GO fest.

Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß.

Herr **OB Raff** teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt Ö3 „Nachrücken des Listennachfolgers für die CSU und Beschluss über die Ausschussbesetzung“ nach hinten verschoben werden müsse, weil Frau Sindani sich verspäten würde.

Herr **StR Stockinger** beantragt, den Punkt 10 der Tagesordnung „Schlüsselmaßnahmen in der Innenstadt“ abzusetzen und in den UVA zurückzuweisen.

Herr **StR Heimerl** erhebt eine formale Gegenrede.

Ja-Stimmen: 16

Nein-Stimmen: 14

Der Tagesordnungspunkt wird somit abgesetzt.

Herr **StR Götz** beantragt, den Sachantrag 094/2020-2026 „Resolution zum Erhalt des Eissports in Fürstenfeldbruck“ mit auf die Tagesordnung zu nehmen.

Ja-Stimmen: 26

Nein-Stimmen: 5

Der Tagesordnungspunkt wird somit aufgenommen.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß.

TOP 1	Bürgerfragestunde gem. § 36 der Geschäftsordnung (GeschO); Anfragen an den Oberbürgermeister
--------------	---

Es liegen keine schriftlichen oder mündlichen Anfragen vor.

TOP 2	Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52 Abs. 3 GO
--------------	--

Entsprechend den Bestimmungen des Art. 52 Abs. 3 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern und des § 25 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Stadtrat werden nachfolgende Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung vom 29.06.2022 bekannt gegeben:

TOP 1 Vorkaufsrechtsanfrage vom 08.04.2022 für das Grundstück Fl.Nr. 1487/8, Gemarkung Fürstenfeldbruck (Schöngeisinger Str. 63)

Beschluss:

Das Vorkaufsrecht wird nicht ausgeübt. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Negativzeugnis für die Vorkaufsrechtsanfrage vom 08.04.2022 für das Grundstück Fl.Nr. 1487/8, Gemarkung Fürstenfeldbruck, Schöngeisinger Straße 63, auszustellen.

TOP 3 Stadion an der Klosterstraße: Überlassung an Türkgücü München e. V.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt einer Überlassung des Stadions an der Klosterstraße durch den SC Fürstenfeldbruck e. V. an den Türkgücü München e. V. für die Regionalligasaison 2022/2023 nicht zu.

TOP 3	Ernennung des 10. Seniorenbeirats der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck
--------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 2732/2022 vom 29.04.2022 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Ohne Wortmeldungen kommt der Stadtrat zu folgendem

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, folgende sieben Bewerberinnen bzw. Bewerber als Mitglieder in den neunten Seniorenbeirat zu berufen:

1. Dieter Jung
2. Franz Leckenwalter
3. Hans-Joachim Ohm
4. Birgit Retsch
5. Wolfgang Richter
6. Michel Theil
7. Renate Stoecker

2. Die Amtszeit des Seniorenbeirats wird am 01.08.2022 beginnen und nach 3 Jahren, also am 31.07.2025, enden.

Ja-Stimmen: 31

Nein-Stimmen: 0

Abstimmung ohne StR M. Droth und StR Q. Droth

TOP 4	SA-Nr. 084/2020-2026; Anpassung Geschäftsordnung der Großen Kreisstadt Fürstentfeldbruck, B./IV. Sitzungsniederschrift, § 38 Form und Inhalt; Beschluss
--------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 2668/2022 vom 24.02.2022 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr **OB Raff** bezieht sich auf die Vorbesprechung im HFA, der dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gefolgt ist.

Herr **StR Pötzsch** erklärt, dass man sich in Nachbarkommunen umgesehen habe, wie dort die Niederschriften geregelt seien. Die Art der Niederschrift, also eine Mischform aus Ergebnis- und Wortprotokoll, habe man nie in Frage gestellt. Da eine Niederschrift nach 3 bis 4 Wochen erstellt sei, könne es sein, dass man Wortbeiträge vergessen habe, deshalb würde er das Abhören der Tonbandaufnahmen für sinnvoll erachten. Dies solle keinen Vertrauensverlust gegenüber der Verwaltung bedeuten. Auf eine Fertigstellung der Niederschrift innerhalb von 14 Tagen werde er nicht beharren.

Herr **StR Kreis** sei die Transparenz sehr wichtig. Er spricht sich dafür aus, die Niederschriften für die Bürger*innen digital zu veröffentlichen. Die Vorbehalte dagegen könne er nicht verstehen. Er befürwortet, dass bei Ablehnung des Protokolls, die Meinung schriftlich aufgeführt werden soll.

Frau **StR'in Dr. Zierl** sieht die Niederschrift als etwas ganz zentrales, da sie die Essenz einer Sitzung seien. Niederschriften sollen nicht nur den Verlauf darstellen, sondern diesen auch korrekt darstellen. Man müsse Protokolle als Gemeinschaftsprojekt sehen. Die Schriftführer*innen hätten die Hauptarbeit, aber alle Sitzungsteilnehmer*innen müssen Änderungsvorschläge vorbringen können.

Herr **2. Bgm. Stangl** betont, dass die Protokolle mit großer Sorgfalt angefertigt werden. Wenn ein Stadtrat mit dem Inhalt eines Protokolls nicht einverstanden ist, bietet dies reichen Anlass zu Interpretationen. Der Verlauf einer Sitzung soll in den wesentlichen Teilen nachvollzogen werden. Über das Anhören von Tonbandaufnahmen bittet er **Herrn Kieser (AL 3)** zum wiederholten Mal um eine rechtliche Zusammenfassung.

Herr **StR Heimerl** bezieht sich auf die Veröffentlichung der Protokolle. Er würde diesen Schritt aus Sicht der Transparenz sehr begrüßen. Es gebe verschiedene technische Möglichkeiten diese Protokoll-Dateien in einem gesicherten Format zu veröffentlichen.

Herr **StR Heimerl** stellt daraufhin folgenden Änderungsantrag:

Die Niederschriften der öffentlichen Beratungen werden zeitnah nach Genehmigung, auch digital, in einem geschützten Format, veröffentlicht.

Des Weiteren spricht er sich dafür aus, dass bei Ablehnung eines Protokolls durch ein Stadtratsmitglied, dies auch zu vermerken sei.

Herr Kieser (AL 3) stellt klar, dass es zum Abhören der Tonbandaufnahmen eine eindeutige Rechtsprechung gebe, die besagt, die Tonbandaufnahmen seien ein Hilfsmittel der Verwaltung für die Anfertigung des Protokolls und kein Hilfsmittel für Stadtratsmitglieder, sich zu erinnern, was gesagt wurde. Bei berechtigten Einwendungen gegen das Protokoll, könne in Ausnahmefällen die Aufzeichnung abgehört werden. Hierbei handle es sich um Fälle, die ganz eindeutig falsch seien. Er erläutert dies an Beispielen. Er erklärt die Problematiken eines erweiterten Protokolls. Ein erweitertes Protokoll dürfe nicht die Namen von Stadtratsmitgliedern enthalten.

Herr **StR Lohde** stellt die Frage, ob es die originäre Aufgabe des Stadtrates sei, sich mit sich selber zu beschäftigen. Durch diese unnötigen Diskussionen versuche man Mittel und Wege zu finden, die Bürokratie weiter auszubauen. Er empfiehlt, bei dem zu bleiben, was im HFA beraten und beschlossen wurde.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Frau **StR'in Dr. Zierl** stellt folgende **Änderungsanträge**:

1. Über die Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse werden Niederschriften (**erweiterte Ergebnisprotokolle**) gefertigt, deren Inhalt sich nach Art. 54 Abs. 1 GO richtet **und die zudem diejenigen Inhalte der Beratung enthält, die zum Verständnis der gefassten Beschlüsse notwendig sind.**

Ja-Stimmen: 3

Nein-Stimmen: 29

Der Antrag ist abgelehnt

Abstimmung ohne StR M. Droth und StR Q. Droth

2. Die Niederschrift ist von dem/der Vorsitzenden und dem/der Schriftführer/-in zu unterzeichnen und vom Stadtrat zu genehmigen (Art. 54 Abs. 2 GO). Dafür ist in jeder Sitzung ein Tagesordnungspunkt „Genehmigung der Niederschrift“ in die Tagesordnung aufzunehmen. **Fraktionsvorsitzende und Sprecher*innen von Ausschussgemeinschaften haben das Recht, zur Vorbereitung der Genehmigung der Niederschrift, den Sitzungsmitschnitt anzuhören.**

Ja-Stimmen: 4

Nein-Stimmen: 28

Der Antrag ist abgelehnt

Abstimmung ohne StR M. Droth und StR Q. Droth

3. Alle Mitglieder können verlangen, dass ihre von der Mehrheit abweichende Ansicht und Stimmabgabe in der Niederschrift festgehalten wird.

Ja-Stimmen: 3

Nein-Stimmen: 29

Der Antrag ist abgelehnt

Abstimmung ohne StR M. Droth und StR Q. Droth

Daraufhin formuliert Fr. **StR'in Dr. Zierl** einen alternativen **Änderungsantrag**:

3. Wenn die Genehmigung der Niederschrift nicht eindeutig erfolgt, können Mitglieder verlangen, dass ihre von der Mehrheit abweichende Ansicht und Stimmabgabe in der Niederschrift festgehalten wird.

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen 25

Der Antrag ist abgelehnt
Abstimmung ohne StR M. Droth und StR Q. Droth

Im Anschluss wird der **Änderungsantrag** von Herrn **StR Heimerl** zu Abstimmung aufgerufen:

Die Niederschriften der öffentlichen Beratungen werden zeitnah nach Genehmigung, auch digital, in einem geschützten Format, veröffentlicht.

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: 15

Der Antrag ist somit angenommen.
Abstimmung ohne StR M. Droth und StR Q. Droth

Somit ergibt sich abschließend folgender

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Geschäftsordnung in § 38 wie folgt zu ändern/erweitern:

- 1.

Als Hilfsmittel für das Anfertigen der Niederschrift können Tonaufnahmen gefertigt werden. ²Der Tonträger ist bis zur Genehmigung der Niederschrift vor Außenstehenden geschützt aufzubewahren und unverzüglich nach erfolgter Genehmigung der Niederschrift zu löschen.

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 0

2.

Die Niederschrift ist von dem/der Vorsitzenden und dem/der Schriftführer/-in zu unterzeichnen und vom Stadtrat zu genehmigen (Art. 54 Abs. 2 GO). ²Dafür ist in jeder Sitzung ein Tagesordnungspunkt „Genehmigung der Niederschrift“ in die Tagesordnung aufzunehmen.

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 0

3.

Die Niederschriften der öffentlichen Beratungen werden zeitnah nach Genehmigung, auch digital, in einem geschützten Format, veröffentlicht.

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: 15

Abstimmung ohne StR M. Droth und StR Q. Droth

TOP 5	Stadtrat 2020 - 2026; Nachrücken des Listennachfolgers für die CSU und Beschluss über die Ausschussbesetzung ab 27.07.2022
--------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 2782/2022 vom 04.07.2022 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr **OB Raff** begrüßt Frau **Jeanne-Marie Sindani** und bittet Sie nach oben, um den Amtseid abzulegen.

Frau Sindani spricht den Amtseid.

Anschließend erlässt der Stadtrat folgenden

Beschluss:

1. Der Stadtrat stellt fest, dass Frau Jeanne-Marie Sindani, gemäß den Feststellungen des Ergebnisses durch die Kommunalaufsicht vom 18.03.2020 der allgemeinen Kommunalwahl vom 15.03.2020 nächste Listennachfolgerin für das Stadtratsmitglied Dr. Marcel Boss auf dem Wahlvorschlag Nr. Nr. 01 Nr. 01 „Christlich Soziale Union in Bayern e. V. (CSU)“ ist.
2. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass Frau Jeanne-Marie Sindani erklärt hat, das Ehrenamt als Stadtratsmitglied der Stadt Fürstenfeldbruck anzunehmen.
3. Der Stadtrat beschließt, dass die CSU-Fraktion ab 27.07.2022 folgende Mitglieder und Vertreter (m/w) in die städtischen Ausschüsse entsendet:

Haupt- und Finanzausschuss				
Vorsitz: OB Erich Raff				
	Fraktion	Mitglied	1. Vertreter	2. Vertreter
1	CSU	Siegler	Bosch	Kellerer
2	CSU	Dr. Jakobs	Höfelsauer	Kellerer
3	CSU	Lohde	Höfelsauer	Dr. Klemenz
4	CSU	Piscitelli	Bosch	Dr. Aldini
5	BBV	Dräxler	Rubin	Dr. Klehmet
6	BBV	Kusch	Danke	Götz

7	BBV	Dr. Rothenberger	Götz	Weinberg
8	BBV	Geißler	Danke	Quinten
9	Bündnis 90/ Die Grünen	Halbauer	Stangl	Hannig
10	Bündnis 90/ Die Grünen	Merkel	Mellentin	Brückner
11	FW	Droth M.	Stockinger	Droth Q.
12	SPD	Heimerl	Jäger	Pötzsch
13	ÖDP	Kreis	Dr. Zierl	Pötzsch
14	AG Die Linke/ Die PARTEI	Best	Pötzsch	Jäger

Planungs- und Bauausschuss				
Vorsitz: 2. Bgm. Christian Stangl				
	Fraktion	Mitglied	1. Vertreter	2. Vertreter
1	CSU	Höfelsauer	Kellerer	Piscitelli
2	CSU	Lohde	Bosch	Piscitelli
3	CSU	Schilling	Kellerer	Dr. Jakobs
4	CSU	Britzelmaier	Bosch	Dr. Jakobs
5	BBV	Danke	Geißler	Quinten
6	BBV	Götz	Dräxler	Dr. Klehmet
7	BBV	Weinberg	Kusch	Rubin
8	BBV	Dr. Rothenberger	Dr. Klehmet	Dräxler
9	Bündnis 90/ Die Grünen	Brückner	Mellentin	Halbauer
10	Bündnis 90/ Die Grünen	Hannig	Merkel	Mellentin
11	FW	Stockinger	Droth M.	Glockzin
12	SPD	Pötzsch	Heimerl	Jäger
13	ÖDP	Dr. Zierl	Kreis	Dr. Rothenberger
14	AG Die Linke/ Die PARTEI	Best	Jäger	Heimerl

Konversionsausschuss				
Vorsitz: OB Erich Raff				
	Fraktion	Mitglied	1. Vertreter	2. Vertreter
1	CSU	Lohde	Dr. Klemenz	Höfelsauer
2	CSU	Dr. Jakobs	Kellerer	Dr. Jakobs

3	CSU	Schilling	Piscitelli	Bosch
4	FDP für CSU	Prof. Dr. Wollenberg	Höfelsauer	Siegler
5	BBV	Kusch	Weinberg	Rubin
6	BBV	Dr. Rothenberger	Danke	Quinten
7	BBV	Dr. Klehmet	Dräxler	Geißler
8	BBV	Götz	Geißler	Dräxler
9	Bündnis 90/ Die Grünen	Stangl	Halbauer	Mellentin
10	Bündnis 90/ Die Grünen	Brückner	Merkel	Hannig
11	FW	Stockinger	Droth M.	Droth Q.
12	SPD	Heimerl	Pötzsch	Jäger
13	ÖDP	Kreis	Dr. Zierl	Pötzsch
14	AG Die Linke/ Die PARTEI	Best	Jäger	Pötzsch

Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau				
Vorsitz: OB Erich Raff				
	Fraktion	Mitglied	1. Vertreter	2. Vertreter
1	CSU	Bosch	Lohde	Höfelsauer
2	CSU	Höfelsauer	Britzelmaier	Siegler
3	CSU	Piscitelli	Britzelmaier	Dr. Klemenz
4	CSU	Kellerer	Lohde	Höfelsauer
5	BBV	Götz	Danke	Kusch
6	BBV	Dr. Klehmet	Quinten	Dr. Rothenberger
7	BBV	Weinberg	Danke	Quinten
8	BBV	Geißler	Danke	Rubin
9	Bündnis 90/ Die Grünen	Brückner	Merkel	Hannig
10	Bündnis 90/ Die Grünen	Halbauer	Stangl	Mellentin
11	FW	Droth Q.	Glockzin	Stockinger
12	SPD	Pötzsch	Jäger	Heimerl
13	ÖDP	Dr. Zierl	Kreis	Danke
14	AG Die Linke/ Die PARTEI	Best	Heimerl	Jäger

Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport				
Vorsitz: OB Erich Raff				
	Fraktion	Mitglied	1. Vertreter	2. Vertreter
1	CSU	Bosch	Lohde	Piscitelli
2	CSU	Kellerer	Schilling	Piscitelli
3	CSU	Siegler	Höfelsauer	Dr. Jakobs
4	CSU	Sindani	Lohde	Schilling
5	BBV	Dräxler	Dr. Klehmet	Dr. Rothenberger
6	BBV	Quinten	Dr. Klehmet	Kusch
7	BBV	Rubin	Dr. Klehmet	Weinberg
8	BBV	Danke	Kusch	Weinberg
9	Bündnis 90/ Die Grünen	Hannig	Halbauer	Mellentini
10	Bündnis 90/ Die Grünen	Merkel	Stangl	Brückner
11	FW	Glockzin	Droth Q.	Droth M.
12	SPD	Jäger	Pötzsch	Heimerl
13	ÖDP	Kreis	Dr. Zierl	Weber
14	AG Die Linke/ Die PARTEI	Best	Heimerl	Pötzsch

Kultur- und Werkausschuss				
Vorsitz: 3. Bgm. 'in Dr. Birgitta Klemenz				
	Fraktion	Mitglied	1. Vertreter	2. Vertreter
1	CSU	Dr. Aldini	Höfelsauer	Bosch
2	CSU	Dr. Jakobs	Kellerer	Siegler
3	CSU	Sindani	Schilling	Höfelsauer
4	FDP für CSU	Prof. Dr. Wollenberg	Lohde	Schilling
5	BBV	Danke	Götz	Dr. Rothenberger
6	BBV	Quinten	Kusch	Dr. Klehmet
7	BBV	Rubin	Dräxler	Götz
8	BBV	Weinberg	Dr. Klehmet	Geißler
9	Bündnis 90/ Die Grünen	Stangl	Halbauer	Mellentini
10	Bündnis 90/ Die Grünen	Hannig	Merkel	Brückner
11	FW	Glockzin	Droth Q.	Droth M.
12	SPD	Jäger	Heimerl	Pötzsch

13	ÖDP	Kreis	Dr. Zierl	Best
14	AG Die Linke/ Die PARTEI	Best	Pötzsch	Heimerl

Rechnungsprüfungsausschuss

Vorsitz: Hermine Kusch

	Fraktion	Mitglied	1. Vertreter	2. Vertreter
1	CSU	Siegler	Prof. Dr. Wollenberg	Bosch
2	CSU	Piscitelli	Dr. Jakobs	Lohde
3	BBV	Danke	Dr. Rothenberger	Dräxler
4	BBV	Rubin	Geißler	Götz
5	Bündnis 90/ Die Grünen	Stangl	Halbauer	Merkel
6	FW	Droth Q.	Droth M.	Stockinger
7	SPD	Heimerl	Pötzsch	Jäger

Sonderausschuss Corona-Pandemie

Vorsitz: OB Raff

	Fraktion	Mitglied	1. Vertreter	2. Vertreter
1	CSU	Lohde	Sindani	Piscitelli
2	CSU	Kellerer	Piscitelli	Siegler
3	CSU	Jakobs	Siegler	Britzelmair
4	CSU	Höfelsauer	Britzelmair	Piscitelli
5	CSU	Schilling	Prof. Dr. Wollenberg	Dr. Aldini
6	CSU	Klemenz	Siegler	Britzelmair
7	CSU	Bosch	Piscitelli	Sindani
8	BBV	Danke	Rubin	Weinberg
9	BBV	Dr. Klehmet	Rubin	Dräxler
10	BBV	Kusch	Weinberg	Rubin
11	BBV	Götz	Dr. Rothenberger	Dräxler
12	BBV	Quinten	Dräxler	Dr. Rothenberger
13	BBV	Geißler	Rubin	Dr. Rothenberger
14	Bündnis 90/ Die Grünen	Halbauer	Mellentini	Brückner
15	Bündnis 90/ Die Grünen	Hannig	Brückner	Stangl
16	Bündnis 90/ Die Grünen	Merkel	Stangl	Mellentini

17	FDP	Prof. Dr. Wollenberg		
18	FW	M. Droth	Glockzin	Q. Droth
19	FW	Stockinger	Q. Droth	Glockzin
20	SPD	Pötzsch	Heimerl	Pötzsch
21	SPD	Jäger	Heimerl	Jäger
22	ÖDP	Zierl	Kreis	Best
23	AG Die Linke/ Die PARTEI	Weber	Best	

Ja-Stimmen: 33

Nein-Stimmen: 0

TOP 6	Nachgenehmigung Vereinbarung zur Verbundbildung Kommunale Arbeitsgemeinschaft "vhs-Verbund Stadt Land Bruck"
--------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 2766/2022 vom 21.06.2022 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Ohne Diskussionen kommt der Stadtrat zu folgendem

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. die Genehmigung der Vereinbarung zur Bildung einer Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KommAG) „vhs-Verbund Stadt Land Bruck“.
2. der Oberbürgermeister wird nachträglich ermächtigt, die Vereinbarung im Namen der Stadt Fürstenfeldbruck zu unterzeichnen.

Ja-Stimmen: 34

Nein-Stimmen: 0

TOP 7	Stromausschreibung für den Zeitraum 01.01.2023 bis 31.12.2025
--------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 2758/2022 vom 15.06.2022 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Ohne Diskussionen kommt der Stadtrat, wie im HFA vorbesprochen, zu folgendem

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. den städtischen Strombedarf inkl. der Netznutzung europaweit unter der Maßgabe 100 % Strom aus erneuerbaren Energien auszuschreiben.
2. die Stromausschreibung in zwei Losen vorzunehmen.
3. eine Vertragslaufzeit von 3 Jahren (01.01.2023 bis 31.12.2025) anzusetzen.
4. in der Leistungsbeschreibung festzulegen, dass der Auftragnehmer als Serviceleistung eine Fürstentfeldbrucker Ortsnetzrufnummer mit persönlich kompetenten Ansprechpartner zu normalen Geschäftszeiten (kein Callcenter) zur Verfügung zu stellen hat.
5. dem Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot auf Basis der angebotenen Strombezugskosten den Zuschlag zu erteilen.

Der Oberbürgermeister oder dessen Stellvertreterin bzw. Stellvertreter wird unter Bezugnahme auf den Sachvortrag bevollmächtigt, alle zum Vollzug des Rechtsgeschäfts erforderlichen Rechtshandlungen vorzunehmen und alle damit verbundenen Erklärungen abzugeben.

Ja-Stimmen: 33

Nein-Stimmen: 0

Abstimmung ohne StR'in Dr. Zierl

TOP 8	Bebauungsplan Nr. 31/1 Eishalle; Aufstellungsbeschluss
--------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 2773/2022 vom 22.06.2022 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr **StR Kellerer** vertritt die Meinung, die Eishalle nicht aufgrund der momentanen Energiekrise zu opfern. Er könne Gegenargumente verstehen, aber diese betreffen nicht nur die Eishalle. 5 % eines Windkrafttrades würden ausreichen, um den Strom für die Kälteaggregate des Eisstadions bereitstellen zu können. Die Stadtwerke haben vor, weitere Windkraftanlagen zu bauen. Langfristig sehe er eine Gewährleistung der Energie für ein Eisstadion als gegeben. Er habe bereits den Vorschlag eingebracht, den Technikriegel so zu platzieren, dass man das Ganze in 2 Bauabschnitten machen könne.

Frau **StR'in Hannig** sieht die Pflicht der Politiker*innen darin, sich am Gemeinwohl zu orientieren. Sie spricht auf die Hitzewellen in Europa, Dürre, Hunger, schmelzende Straßen und brennende Wälder an. Der Klimawandel komme nicht erst in ferner Zukunft. Er sei jetzt. Lediglich 15 % des täglichen Energieverbrauches in Deutschland liefern die erneuerbaren Energien, 8 % erhalte man aus Atomstrom und den Rest durch

die Verbrennung von Erdöl, Kohle und Gas. Die Eishalle würde rund 300.000 Kilowattstunden Energie pro Jahr verbrauchen. Das sei so viel, wie 100 Fürstenfeldbrucker Haushalte in einem Jahr an Strom benötigen. Sie fände es zynisch, in dieser Situation eine Eishalle zu bauen. Sie bittet darum, den Beschlussvorschlag abzulehnen.

Frau **StR'in Dr. Zierl** verweist auf die hohe Stromproduktion der Photovoltaikanlagen an heißen Tagen. Sie geht nicht davon aus, dass Strom in Zukunft das Problem sein werde. Die Hauptenergie, die für die Eishalle benötigt werde, sei Strom. Die riesige Dachfläche der Eishalle könne für Photovoltaik genutzt werden. Damit könne man mehr Strom erzeugen, als die Eishalle verbrauche. Sie plädiert weiterhin für den Erhalt des Eissports.

Herr **StR M. Droth** betont, dass es um zukunftsweisende, nachhaltige und ökologische Problemlösungen gehe und nicht um schwarz-weiß Lösungen. Man habe genügend Energie, es sei eine Frage, wie man sie herstelle, speichere und dann effizient nutze. Er sieht es als essentiell, Wintersportmöglichkeiten zu erhalten. Er bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Herr **StR Heimerl** bestätigt, dass man sich mit den Aussagen von Frau **StR'in Hannig** durchaus auseinandersetzen müsse. Es sei für ihn der falsche Weg, keine Eishalle zu bauen, sondern man müsse sich der Herausforderung stellen, konstruktive Lösungen zu suchen. Der Erhalt des Eissports sei wichtig. Man beschließe heute lediglich einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan. Letztlich wird noch kein Beschluss darüber gefasst, ob die Eishalle tatsächlich gebaut werde.

Herr **StR Götz** bezieht sich auf die mahnenden Worte von Frau **StR'in Hannig**. Er sehe die Sache auch ernst, allerdings müsse man berücksichtigen, dass eine gut gemachte Eishalle energetisch viel günstiger sei als das offene Eisstadion, das man seit Anfang der 70er Jahre betreibe. Man habe vor, eine Photovoltaikanlage auf die Dachfläche zu bauen. Diese würde den Stromverbrauch decken, der für die Eishalle nötig sei. Er bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Herr **StR Lohde** macht darauf aufmerksam, dass es bei diesem Beschluss tatsächlich um die Aufstellung eines Bebauungsplanes gehe. Man sei dabei solide, seriös und fundiert einer Planung näherzutreten. Durch diese nächsten planerischen Schritte werden die Fakten auf den Tisch kommen. Somit werde man mehr Klarheit schaffen und neue Kenntnisse erhalten.

Herr **2. Bgm. Stangl** merkt an, dass in den Wortbeiträgen eine wohltuende Suche nach Realität zu spüren sei. Es gehe um Ehrlichkeit. Man könne einem Verein keine Versprechungen machen, die wahrscheinlich nicht gehalten werden können. Man müsse sich die Fragen stellen, welche Investitionen sich die Stadt tatsächlich leisten könne und was tatsächlich zukunftsfähig sei. Durch den Ukraine-Krieg sei das Energieproblem nochmal ganz anders deutlich geworden.

Herr **StR Piscitelli** zeigt sich erstaunt über die Wortmeldung von Frau **StR'in Dr. Zierl**. Er spricht von unseriöser Benennung und Schönrechnung von Zahlen, die jeglicher Grundlage entbehren. Man könne nicht die Stromerzeugung über Photovoltaik an einem Hochsommertag mit einem Wintertag vergleichen.

Frau **StR'in Geißler** betont den gesellschaftspolitischen Aspekt einer Eishalle. Darum setze man sich seit vielen Jahren dafür ein. Man müsse ein lebenswertes Leben für die Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen schaffen und dazu gehören Sportvereine. Ein Eiszentrum in der Stadt bringe viel Leben.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, ruft Herr **OB Raff** zur Abstimmung auf. Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Für das in beiliegendem Lageplan dargestellte Gebiet (siehe Anlage 2) wird der Bebauungsplan Nr. 31/1 „Eishalle“ aufgestellt.

Ja-Stimmen: 28
Nein-Stimmen: 6

2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Vorliegen der für den Bebauungsplan relevanten städtebaulichen Rahmenbedingungen einen Bebauungsplan Vorentwurf auszuarbeiten und den zuständigen politischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

Ja-Stimmen: 29
Nein-Stimmen: 5

3. Der Aufstellungsbeschluss vom 28.11.1995 für den Bebauungsplan Nr. 31 wird aufgehoben.

Ja-Stimmen: 27
Nein-Stimmen: 7

4. Ziel ist die Errichtung einer Eishalle, die bilanzielle Klimaneutralität gewährleistet.

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 2

Im Anschluss über die Diskussion und Abstimmung zum Aufstellungsbeschluss Eishalle meldet sich Frau **StR'in Dr. Zierl** zu Wort, dass beim TOP Ö7 „Stromausschreibung für den Zeitraum 01.01.2023 bis 31.12.2025“ ihr, bereits vor der Sitzung schriftlich eingereichter Änderungsantrag, nicht zur Abstimmung gebracht wurde.

Herr **OB Raff** nimmt dies zur Kenntnis. Er verstehe nicht, warum sie genau als der Tagesordnungspunkt aufgerufen wurde, den Raum verlassen habe. Man könne dies bei der Rechtsaufsicht prüfen und gegebenenfalls im September nochmal behandeln.

TOP 9	Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Grund- u. Gewerbesteuer);
--------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 2725/2022 vom 26.04.2022 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr **OB Raff** fasst die bereits im HFA vorbesprochenen Diskussionen kurz zusammen.

Herr **StR Dräxler** erklärt, dass man den Hebesatz im Moment nicht erhöhen möchte, weil die steigende Inflation, den Bürger*innen erheblich zusetze. Darum spreche er sich für ein antizyklisches Handeln aus. Er schlägt vor, sich Gedanken darüber zu machen, bei Photovoltaikanlagen die Grundsteuer anzupassen, um die Motivationslage für Bürger*innen zu erhöhen.

Herr **StR M. Droth** ist sich klar, dass das Thema „Steuern“ sehr sensibel bei den Bürger*innen sei. Die Grundsteuer B betreffe jeden Einwohner, sowohl Eigentümer als auch Mieter. Er betrachte es als Bestandteil einer soliden und nachhaltigen Haushaltspolitik, dass man die finanzielle Grundausrüstung aufrechterhalte.

Deshalb stellt Herr **StR M. Droth** folgenden **Änderungsantrag**:

Der Stadtrat beschließt, den Erlass der Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung – HSS) mit einer Anpassung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 400 v.H.

Herr **StR Heimerl** sieht es als richtigen Weg, die Satzung unabhängig von momentanen Lagen und Entwicklungen zu beschließen. Es gehe um die Zukunft der Stadt. Er sehe es als falschen Weg, den Bürger*innen alles Qualitative wegzustreichen. Lieber nehme man moderate Steueranhebungen in Kauf. Die hohe Inflationsrate sei mit Sicherheit eine hohe Belastung für die Bürger*innen, letztlich werde sie sich aber laut den Prognosen der Wirtschaftsinstitute wieder normalisieren. Es gehe nicht darum, irgendwelche Sonderposten zu finanzieren, sondern um Zukunft zu gestalten und Projekte umzusetzen. Deshalb müsse man von Zeit zu Zeit Steueranhebungen vornehmen, um leistungsfähig zu bleiben.

Herr **StR Best** betont, dass Bürger*innen erstmal erschrocken seien, wenn es darum gehe, Steuern zu erhöhen. Er führt anhand einer Beispiel-Rechnung einer Rentnerin vor, dass es tatsächlich um sehr moderate Erhöhungen gehe. Dies würde niemanden aus seinem Eigenheim treiben.

Frau **StR'in Dr. Zierl** erinnert, dass am 18.05.2015 die damalige Hebesatz-Satzung abgeschafft wurde, weil sie in der Haushaltssatzung enthalten sei. Sie findet die Satzung gut, weil man dann auch während dem Jahr tätig werden könne. Sie sehe es ebenfalls so, dass die Erhöhungen sehr moderat wären. Die Stadt erhebe die Grundsteuer, um die Infrastruktur rund um die Wohnungen bereitzustellen. Sie belegt dies anhand von Beispielen. Sie würde die Bürger*innen selber darüber entscheiden lassen, wofür man diese Grundsteuererhöhung einsetzen solle.

Herr **StR Halbauer** gibt bekannt, dass er dem HFA-Beschluss weiterhin zustimmen werde. Eine Erhöhung der Grundsteuer B sehe er als nicht zielführend. Die Grundsteuer zähle zu den Betriebskosten und sei zu 100 % umlagefähig. Es treffe die Menschen, die wirklich knapp bei Kasse seien. Man habe ein Ausgabeproblem, das man lösen müsse. Die Grundsteuererhöhung würde nur wirklich etwas bringen, wenn man sie exorbitant erhöhen würde.

Herr **StR Lohde** erklärt, dass man sich auf die Ausgaben konzentrieren müsse. Es gehe nicht darum, Bürger*innen Annehmlichkeiten zu streichen. Die Stadt Fürstentfeldbruck leiste sich Aufgaben, die vergleichbare Kommunen sich nicht leisten könnten. Die eigene fehlende Haushaltsdisziplin durch Steuererhöhungen zu finanzieren, sei nicht richtig. Man müsse konkrete und konstruktive Beispiele finden, wie man die Einnahmen- und Ausgabenseite zu Gunsten der Stadt und damit der Bürger*innen verbessern könne.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt Herr **OB Raff** über den Änderungsantrag von Herrn **StR M. Droth** abstimmen.

Der Stadtrat beschließt, den Erlass der Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung – HSS) mit einer Anpassung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 400 v.H.

Ja-Stimmen: 12

Nein-Stimmen: 21

*Der Antrag ist abgelehnt
Abstimmung ohne StR'in Mellentin*

Anschließend lässt Herr **OB Raff** über den im HFA beschlossenen Beschluss abstimmen.

Der Stadtrat beschließt,

den Erlass der Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze wie im beige-fügten Entwurf.

Ja-Stimmen: 25

Nein-Stimmen: 7

Abstimmung ohne StR'in Mellentin

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt,

den Erlass der Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze wie im beige-fügten Entwurf.

Ja-Stimmen: 23

Nein-Stimmen: 9

Abstimmung ohne StR'in Mellentin

TOP 10	Schlüsselmaßnahmen in der Innenstadt
---------------	---

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt und in den UVA zurückverwiesen.

TOP 11	SA-Nr. 094/2020-2026; Resolution zum Erhalt des Eissports in Fürstentfeldbruck; Beschluss
---------------	--

Sachvortrag:

Herr **OB Raff** ruft Herrn **StR Götz** als Antragsteller auf.

Herr **StR Götz** betont, dass es ausschließlich darum gehe, den Eissportvereinen klar und deutlich zu signalisieren und per Beschluss festzuhalten, dass man die in verschiedenen Gremien bereits mündlich genannten und diskutierten Fakten schriftlich zu Papier bringe. Der Wunsch komme von den Vorsitzenden der Eissportvereine. Nur der Ausfall einer Saison würde für die Vereine so schwere Verluste an Mitgliedern bedeuten, dass der Verein wahrscheinlich nicht mehr existieren könne.

Frau **StR'in Dr. Zierl** verliest den Beschlussvorschlag des gemeinsam gestellten Antrages der BBV, Freien Wählern, SPD und ÖDP. Diese Resolution spreche sich tatsächlich dafür aus, dass man die Eishalle brauche, um mittelfristig den Eissport zu erhalten. Sie bittet um Zustimmung einer breiten Mehrheit.

Herr **StR Lohde** erwähnt, dass es um den psychischen Effekt gehe. Es sei das Wiederholen von Beschlüssen, die in der Art schon gefasst wurden. Es sei in Ordnung, dies nochmal zum Ausdruck zu bringen und damit den Vereinsvorsitzenden den Rücken zu stärken. Die CSU habe einen ähnlichen Antrag formuliert. Den sehe er in diesem Antrag auch aufgenommen. Einen Punkt möchte er jedoch noch ergänzen.

Herr **StR Lohde** stellt folgenden **Ergänzungsantrag**:

Die verschiedenen Möglichkeiten der Finanzierung werden im Hauptausschuss außerhalb der Haushaltsberatungen geprüft und diskutiert.

Herr **StR Halbauer** befürwortet den Bau der Eishalle. Voraussetzung sei der klimaneutrale Bau und die höchste ökologische Bauart und Bauweise. Vereine müssen aufrechterhalten werden. Entscheidend wird sein, dass man im Investitionsplan aufräume, um die Kosten stemmen zu können.

Herr **OB Raff** kann diesem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Er kritisiert, dass ein zeitnahe Bau der Eishalle beschlossen werden soll. Dies sehe er nicht als seriös.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommt der Stadtrat zu folgendem

Beschluss:

1. Die große Kreisstadt Fürstentfeldbruck bekennt sich zum Eissport in unserer Stadt und beschließt folgende Resolution:
Um den Eissport in unserer Stadt und für das Umland zu erhalten, ist der Bau einer Eishalle notwendig. Der Bau einer Eishalle kann in mehreren Bauabschnitten erfol-

gen.

Der Stadtrat und die Stadt als Gesellschafterin der Stadtwerke Fürstenfeldbruck GmbH sichern den Eissportvereinen zu, dass ein Abriss der Schwimmhalle erst erfolgt, wenn ein Versorgungsriegel als erster Bauabschnitt mit funktionsfähiger Kälte-technik und Kabinentrakt vorhanden ist.

Nach dem Bau des Versorgungsriegels als Bauabschnitt¹ wird der Bau der dazugehörigen Halle zeitnah weiterverfolgt.

Ja-Stimmen: 22

Nein-Stimmen: 10

Abstimmung ohne StR'in Mellentin

2. Die verschiedenen Möglichkeiten der Finanzierung werden im Hauptausschuss außerhalb der Haushaltsberatungen geprüft und diskutiert.

Ja-Stimmen: 26

Nein-Stimmen: 6

TOP 12	Verschiedenes
---------------	----------------------

Pucher Meer

Herr **StR M. Droth** erkundigt sich über die erfolgte Berichterstattung über das Pucher Meer. Er möchte wissen, ob das Thema im UVA behandelt werde.

Herr **OB Raff** berichtet, dass diesbezüglich bereits ein Antrag vorliege, der bereits bearbeitet werde.

Energie- und Gaskrise

Frau **StR'in Dr. Zierl** erkundigt sich, ob sich die Stadt schon Gedanken gemacht habe, wie man mit der Energie- und Gaskrise in den städtischen Liegenschaften umgehe und was die Stadt plane.

Herr **OB Raff** erklärt, dass es bereits in der Amtsleiterrunde angesprochen wurde. Voraussichtlich wird bis Ende September oder Anfang Oktober ein Bericht erfolgen.

Photovoltaik

Frau **StR'in Dr. Zierl** möchte wissen, ob es angedacht sei, noch mehr Photovoltaik auf städtischen Liegenschaften zu errichten.

Herr **OB Raff** erwidert, dass man die Anfrage mit aufnehme. Dies werde zeitnah beantwortet.

Amper

Frau **StR'in Weinberg** erklärt, dass im Fürstenacker kein Wasseranschluss vorhanden sei. Es wurde an sie herangetragen, dass einer von den Parzellenbesitzern an der Am-

per Wasser hole. Dies sei dem Fischereiverein ein Dorn im Auge. Sie erkundigt sich, ob das überhaupt erlaubt sei.

Herr **OB Raff** bestätigt, dass dies erlaubt sei.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Herr Oberbürgermeister Erich Raff beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

Erich Raff
Oberbürgermeister

Sabine Huber
Schriftführerin